

Kammern bei den Berathungen der Bundesangelegenheiten. Er machte selbst darauf aufmerksam, daß dieser Antrag zu einer Zeit gestellt worden, als der Bundestag noch nicht wieder in Thätigkeit getreten sei, wo man vielmehr eine allgemeine Umgestaltung der deutschen Verhältnisse im Auge gehabt habe, und es wäre daher vielleicht hinreichend, wenn ich, auf seine Aeußerung Bezug nehmend, erwiderte, daß der Antrag, wie seine Beantwortung sich von dem Augenblicke an erledigt hätte, wenigstens materiell, wo die Dresdner Conferenzen zu keinem andern Resultate führten, als zu der allseitigen Wiederbeschickung der Bundesversammlung. Ich könnte vielleicht auch mich beschränken, darauf hinzuweisen, daß zwischen jetzt und dem Landtage 1851/52, wo an diesen Antrag erinnert wurde und wo übrigens von Seiten der Kammer ein weiteres Eingehen darauf nicht an der Zeit gehalten wurde, der Landtag von 1854 zu 1855 innewirkt, und daß auf diesem durchaus keine Stimme in der Kammer laut wurde, um auf diesen Antrag zurückzukommen. Ich könnte ferner vielleicht mich beschränken, darauf hinzuweisen, daß die Ausführung des Gedankens selbst, welcher von der Regierung angeregt werden sollte, aus mehr als einem Grunde, keine Aussicht gehabt hätte auf Verwirklichung. Allein ich halte es weder für recht noch für zweckmäßig, über Fragen dieser Art mit einem Stillschweigen hinwegzugehen, durch welches man mehr oder weniger die Regierung, ja ich möchte sagen die Regierungen Deutschlands in das falsche Licht stellt, als wären sie einer alten Schuld untreu und als beabsichtigten sie, nicht auf Fragen einzugehen, wo nur Mangel an gutem Willen der Verwirklichung volksthümlicher Wünsche entgegentreten.

Was nun die Vertretung beim Bunde anlangt, so mache ich zunächst darauf aufmerksam, daß Dasjenige, was die Staatsregierung damals auf der Dresdner Conferenz verhandelt hat, der Deputation des Landtags von 1851 zu 1852 vorgelegt worden ist, daß daher dieselbe in der Lage war, daraus zu ersehen, in welcher Weise die Regierung auf die Vertretung der Ständekammern bei den Verhandlungen von Bundesangelegenheiten einging. Es ist der Gedanke, der damals vorgeschwebt hat, vielleicht nicht ganz Das, was man sich in der Allgemeinheit dabei denkt, und was man sich vielleicht dabei wünscht, allein es war der leitende Gedanke der Regierung, den sie nie ganz aufgegeben hat, daß nämlich eine größere Ausdehnung der internationalen Gesetzgebung, eine größere Ausdehnung der innern Bundesgesetzgebung, eine Mitwirkung der Ständekammern in so weit wünschenswerth mache, als eben auf diesem Wege das Zustandekommen größerer bundesmäßiger Vereinigungen auf legislatorischem Gebiete und in Fragen materiellen Interesses vereinfacht und erleichtert werde. Ich bin aber nicht in der Lage gewesen, diese Arbeit, welche die Regierung damals der Conferenz vorlegte, bekannt zu machen, und der Kammer in öffentlicher Sitzung zur Verfügung zu stellen,

indem die Conferenzen geheim waren und geheim bleiben sollten. Allein ich kann mich wohl darüber nicht täuschen, daß, so oft das Wort Volksvertretung nur ausgesprochen wird, man mehr oder minder etwas ganz Anderes darunter versteht, als die Anhörung von Sachverständigen aus den Kammern zur Verabschiedung allgemeiner Gesetze nicht politischen Inhalts. Man wird immer mehr oder weniger dabei im Auge haben die Vertretung des deutschen Volks bei der Verhandlung auch politischer Fragen und bei der Leitung auch der Bundesangelegenheiten, und da halte ich es nun wirklich für besser, daß Seiten der Regierung über diese Frage auch öffentlich mit voller Rückhaltlosigkeit gesprochen werde, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Regierung dieselbe entschieden verneint, nicht etwa aus blinder Abneigung oder Aengstlichkeit, sondern aus Erkennung der wirklichen Verhältnisse, aus einer praktischen Auffassung der Zustände und Dinge, wie sie einmal sind. Die Erfahrungen des Jahres 1848, welche man allein vielleicht anführen könnte, um Gedanken einer Erneuerung einer deutschen Volksvertretung zurückzuweisen, und welche sehr oft allerdings gebraucht werden, um vor den Folgen eines neuen Versuchs zu schrecken, diese Erfahrungen waren nicht allein die Folge einer sehr aufgeregten Zeit, nicht bloß die Folge von Zuständen, wo alle Bande mehr oder weniger gelockert waren, wo die Autorität der Regierung mehr oder minder erschüttert und gesunken war, sondern es waren diese Erfahrungen auch eine natürliche Folge von Unmöglichkeiten, von denen man bei der Zusammenberufung eines deutschen Parlaments ausgegangen war. Die Erfahrungen aller Länder, wo beratende Versammlungen bestehen, haben es gezeigt, daß, sollen diese beratenden Versammlungen irgend in den gehörigen Schranken und in dem Gleichgewichte bleiben, eine starke Regierungsgewalt, eine starke Executive ihnen zur Seite stehen muß. Es bedarf nur eines unbefangenen Urtheils, um zu erkennen, daß es daran im Jahre 1848 fehlte. Soll eine solche Gewalt geschaffen werden, so gehört dazu vor allen Dingen eine Umgestaltung der Bundesversammlung. Daß diese in ihrer jetzigen Zusammensetzung von Staaten und Staatengruppen nicht das geeignete Mittel dazu bieten würde, liegt auf der Hand. Es kommt also hierbei, und das liegt immer im Hintergrunde von Allen, auf die Anerkennung der auf Volksvertretung gerichteten Anträge, namentlich von Seiten Derjenigen, welche die Volksvertretung eigentlich am wenigsten wünschen, vornehmlich auf eine Umgestaltung der beschließenden Behörde am Bunde, hinaus, auf eine Reform der Bundesversammlung, auf eine Reduction derselben auf eine Executive von wenig Stimmen. Hierin liegt aber die Schwierigkeit, oder vielmehr die Unmöglichkeit. Wie einmal Deutschland zusammengesetzt ist, wird eine Unterordnung der beiden deutschen Großmächte unter einander niemals erfolgen und es wird dies auch